



Presseschau vom 14.10.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

wpered.su: **Im Petrowskij-Bezirk von Donezk wird eine Komsomol-Organisation gegründet werden**

Am 13. Oktober fand in der Bezirkskinderbibliothek des Petrowskij-Bezirk von Donezk eine außerordentliche Sitzung des Pionierclubs und eine Versammlung der Pioniereinheit „Orljonok“ statt. An der Veranstaltung nahm der erste Sekretär des Zentralkomitees des Leninschen Komsomol der DVR Wadim Popkow teil, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Während des Treffens wurden die Vorbereitung und Feier des nächsten Jahrestages des Gründung des Komsomol und die Gründung einer Komsomol-Organisation im Petrowskij-Bezirk zu diesem Zeitpunkt erörtert. Zum Abschluss überreichte die Leiterin des Klubs Tamara Perelomowa Wadim Popkow ein T-Shirt mit dem Wappen der UdSSR, Dichter, die auch an der Veranstaltung teilnahmen, übergaben ihm einen Sammelband ihrer Gedichte.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/10/IMG_20191013_214245-720x340.jpg

vormittags:

de.sputniknews.com: **Frankreich kündigt Maßnahmen zum Schutz der Truppen in Syrien an**

Frankreich kündigt Schritte zur Gewährleistung der Sicherheit der französischen Truppen und Zivilisten im Nordosten Syriens an.

Nach einer Dringlichkeitssitzung des Verteidigungskabinetts sagte die französische Präsidentschaft am Montag, das "in den kommenden Stunden" Maßnahmen ergriffen werden, um die französische Streitkräfte und Zivilpersonen zu schützen, die als Teil der internationalen Koalition gegen den "Islamischen Staat" (IS) kämpfen oder humanitäre Hilfe vor Ort leisten. Weitere Einzelheiten wurden zunächst nicht bekannt.

Französische Beamte hatten zuvor gesagt, dass ein US-Rückzug aus Syrien Frankreich zu einem Abbruch des Einsatzes zwingen würde, da die französischen Truppen auf die logistische Unterstützung der USA angewiesen seien.

Die US-Regierung gab am Sonntag den Abzug von rund 1.000 Soldaten aus dem Norden Syriens bekannt. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron fordern ein sofortiges Ende der türkischen Militäroffensive in Syrien. "Wir haben den gemeinsamen Wunsch, dass die Offensive beendet wird", sagte der französische Präsident. Als Gründe führte er die Folgen für die Menschen in der Region und ein mögliches Erstarren des IS an.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32570/83/325708311.jpg>

de.sputniknews.com: **Syrische Armee rückt in Stadt at-Tabqa in der Provinz Rakka ein –**

Medien

Die syrische Armee ist in die Stadt at-Tabqa (auch ath-Thaura) in der Provinz Rakka eingerückt. Zuvor wurde sie von Kurden kontrolliert.

Laut einem Reporter des libanesischen TV-Senders „al-Mayadeen“ rückte die syrische Armee in die Stadt at-Tabqa im Westen der Provinz Rakka (auch Raqqa) ein und ist derzeit nach Norden unterwegs.

Am Sonntag war bekannt gegeben worden, dass die syrische Armee an der gesamten Grenze zur Türkei vertreten sein werde, um den Kurden zu helfen. Die Regierungstruppen haben bereits begonnen, die Kräfte nach Norden des Landes zu verlegen, wo der türkische Einsatz erfolgt. ...

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 13. Oktober wurde kein Beschluss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: **In Falle getappt: Pentagon-Chef zu Lage von US-Truppen in Syrien**

Die amerikanischen Truppen sitzen laut den Aussagen des US-Verteidigungsministers Mark Esper gegenüber dem TV-Sender „Fox News“ zwischen den syrischen Streitkräften fest, die einen Einsatz gegen kurdische Einheiten durchführen.

Esper zufolge sind die US-Truppen nun zwischen der syrischen Armee gefangen, die sich nach Norden bewegt, um zu der sich nach Süden bewegenden türkischen Armee Gegendruck aufzubauen. Die entstandene Situation sei schwierig.

Er betonte dabei, die USA hätten sich nicht dazu angemeldet, gegen die Türkei zu kämpfen, die der langjährige Nato-Verbündete sei.

„Mit jeder Stunde wird es schlimmer“, sagte er.

Unter anderem betonte Esper, dass die Vereinigten Staaten einfach nicht genug Militärs in der Region hätten, um die türkische Offensive zu stoppen.

Zuvor hatte das Pentagon den Rückzug von bis zu eintausend US-Soldaten von einem Vorposten in Nordsyrien angekündigt. ...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32436/98/324369881.jpg>

de.sputniknews.com: **Wegen Unabhängigkeitsreferendum: Oberstes Gericht Spaniens verurteilt katalanische Politiker**

Das Oberste Gericht in Madrid hat neun der zwölf angeklagten katalanischen Politiker am Montag wegen Aufruhrs schuldig gesprochen. Sie wurden zu langjährigen Haftstrafen von bis zu 13 Jahren verurteilt. Bei dem Prozess ging es um die Rolle der Angeklagten beim umstrittenen Unabhängigkeitsreferendum von 2017.

Von einer Verurteilung wegen des von der Staatsanwaltschaft eingebrachten Vorwurfs der Rebellion, der mit Gefängnisstrafen von bis zu 25 Jahren geahndet wird, sahen die Richter ab.

Die Angeklagten wurden zu langjährigen Haftstrafen von bis zu 13 Jahren verurteilt. Zudem seien einige von ihnen der Veruntreuung öffentlicher Gelder schuldig, hieß es. Drei weitere angeklagte Ex-Politiker wurden des Ungehorsams schuldig gesprochen.

Bei dem Verfahren ging es um die Rolle der Angeklagten bei dem von Madrid verbotenen Unabhängigkeitsreferendum vom 1. Oktober 2017 und einem daraus resultierenden Unabhängigkeitsbeschluss der Regionalregierung in Barcelona. Hauptangeklagter war der frühere stellvertretende Regionalpräsident Oriol Junqueras. Der Großteil der Angeklagten sitzt bereits seit zwei Jahren in Untersuchungshaft.

Der Prozess war Mitte Juni nach vier Monaten mit den Schlussplädoyers der Angeklagten zu Ende gegangen. Diese riefen dabei fast ausnahmslos dazu auf, den Dialog zu suchen und eine politische Lösung für den Konflikt in der Region im Nordosten des Landes zu finden.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31773/33/317733314.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 13. Oktober 3:00 bis 14. Oktober 3:00

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 26. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Jasinowataja, Donezk (Volvo-Zentrum, Terminal, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Spartak, Alexandrowka, Dokutschajewsk, Kominternowo, Leninskoje, Sachanka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Zerstörungen an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 204.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 367.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Syrische Armee marschiert in Tell Tamer ein

Die syrische Armee ist am frühen Montagmorgen in die Stadt Tell Tamer im Gouvernement

al-Hasaka im nordöstlichen Syrien einmarschiert, teilte ein Sputnik-Reporter mit. Auch die syrische Nachrichtenagentur Sana bestätigte diese Informationen.

Laut dem Sputnik-Reporter bestand die syrische Armee aus einem großen Konvoi. Die Armee wurde auch von der Luft aus unterstützt, um verschärfte Sicherheitsmaßnahmen gewährleisten zu können. Die lokale Bevölkerung nahm demnach den Einmarsch der Regierungstruppen in die Stadt positiv wahr.

Um einen möglichen Angriff zu verhindern, hätten die syrischen Militärs Beobachtungspunkte in der Stadt errichtet.

Zuvor hatten Medien berichtet, dass die syrische Armee in die Stadt at-Tabqa (auch ath-Thaura) in der Provinz Rakka eingerückt sei.

Am Sonntag hatte die Nachrichtenagentur Sana gemeldet, dass die syrische Armee eine Bewegung Richtung Norden gestartet habe, „um der türkischen Aggression zu begegnen“.

Türkische Offensive in Nordsyrien

Die Türkei hatte am Mittwoch ihre Offensive „Friedensquelle“ gegen die Kurden-Miliz YPG und die Terrorvereinigung „Islamischer Staat“* in Nordost-Syrien gestartet. Bisher seien im Laufe des Einsatzes mehr als 340 „Terroristen“ eliminiert worden, berichtete am Freitag die Nachrichtenagentur Anadolu unter Verweis auf den türkischen Verteidigungsminister Hulusi Akar.

Noch am ersten Tag der Operation flog die türkische Luftwaffe Angriffe auf die Stadt Ras al-Ain in der syrischen Provinz al-Hasaka sowie eine Reihe andere syrische Städte.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32585/60/325856059.jpg>

de.sputniknews.com: **US-Präsident kritisiert US-Kriege mit deutlichen Worten**

Von Karl-Jürgen Müller

US-Präsident Donald Trump hat erklärt: US-Kriege im Nahen Osten war die „schlechteste Entscheidung, die jemals in der Geschichte unseres Landes getroffen wurde“.

Am 9. Oktober 2019 um 2:14 Uhr am Nachmittag hat der US-amerikanische Präsident mit einer bedeutenden Twitter-Nachricht auf die Vorwürfe gegen seinen Beschluss, die US-Truppen aus dem Norden Syriens zurückzuziehen, reagiert.

In dieser Nachricht war zu lesen:

“The United States has spent EIGHT TRILLION DOLLARS fighting and policing in the Middle East. Thousands of our Great Soldiers have died or been badly wounded. Millions of people have died on the other side. GOING INTO THE MIDDLE EAST IS THE WORST DECISION EVER MADE IN THE HISTORY OF OUR COUNTRY! We went to war under a false & now disproven premise, WEAPONS OF MASS DESTRUCTION. There were NONE! Now we are slowly & carefully bringing our great soldiers & military home.”

In deutscher Übersetzung heißt das:

“Die Vereinigten Staaten haben 8 Billionen Dollar für den Kampf und die Polizeiaufgaben im

Nahen Osten ausgegeben. Tausende unserer großartigen Soldaten sind gestorben oder wurden schwer verwundet. Millionen von Menschen sind auf der anderen Seite gestorben. In den Nahen Osten zu gehen ist die schlechteste Entscheidung, die jemals in der Geschichte unseres Landes getroffen wurde. Wir zogen unter einer falschen und jetzt widerlegten Prämisse in den Krieg, den Massenvernichtungswaffen. Es gab keine. Nun bringen wir unsere großartigen Soldaten und unser Militär langsam und vorsichtig nach Hause.”

In den Tagen nach dieser Twitter-Nachricht haben ein paar englischsprachige Medien, zum Beispiel die “Washington Post”, diese Mitteilung des Präsidenten zitiert, in der Regel aber mit scharfer Kritik am Präsidenten verbunden. In deutschsprachigen Medien war es bislang wohl alleine die Internetseite von RT-Deutsch, die am 11. Oktober berichtete und kommentierte. Das ist (leider nicht) erstaunlich, sind die Aussagen von Donald Trump doch eine Sensation – und eigentlich müssten sie eine radikale Wende in der Weltpolitik einleiten. Nicht der Inhalt der Aussagen ist sensationell. Die Analyse der US-Kriege im Nahen Osten ist bei denen, die sich kritisch damit befasst haben, schon lange bekannt. Sensationell ist die Tatsache, dass diese Aussagen vom amtierenden US-Präsidenten kommen. Das hat es seit 2003 von keinem US-Präsidenten gegeben – und auch von keinem Regierungsverantwortlichen der US-Bündnispartner in Europa.

Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte – als er nicht mehr Kanzler war – vor ein paar Jahren eingestanden, dass der Angriffskrieg der Nato gegen die Bundesrepublik Jugoslawien während seiner Kanzlerschaft und unter deutscher Beteiligung im Jahr 1999 völkerrechtswidrig war. Darüber wird bis heute von den Verantwortlichen in der Nato hinweggegangen – obwohl Schröders Aussage stimmt und Konsequenzen für die Verantwortlichen folgen müssten. Bislang Fehlanzeige! Obwohl seit 1999 die Büchse der Pandora geöffnet ist.

Ob die aktuellen Aussagen des US-Präsidenten Konsequenzen haben werden, bleibt abzuwarten. Sich darauf berufen aber kann nun jeder, dem der Wahnsinn der US-amerikanischen und der Nato-Kriege der vergangenen Jahre schon lange Zeit aufgestoßen ist und der immer wieder auf dieses Unrecht und die damit verbundenen Opfer und Zerstörungen aufmerksam gemacht hat. Die Aussagen von US-Präsident Donald Trump sollten auf großen Plakaten in jeder Stadt und in jedem Dorf eines jeden Nato-Staates aufgehängt werden. Und in jeder Stadt und in jedem Dorf jedes Landes im Nahen Osten. Und in jeder Stadt und in jedem Dorf aller Länder dieser Welt.

Wie wollen wir unsere Zukunft gestalten? Weiter wie in den vergangenen Jahren, immer weiter in Richtung Abgrund und Krieg? Oder in der Erkenntnis, dass jede Entscheidung eines jeden Landes für den Weg in den Krieg für jedes Land die «schlechteste Entscheidung, die jemals in der Geschichte unseres Landes getroffen wurde», sein würde?

Dan-news.info: Mitteilungen des Ministers für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez

„Was die Tilgung der Lohnrückstände für das Personal des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ betrifft (die von der ukrainischen Seite nicht bezahlt wurden; Anm. d. Übers.), wurde ein normativer Rechtsakt ausgearbeitet, der den Mechanismus der Tilgung der Lohnrückstände betrifft und noch der Regierung zur Bestätigung vorliegt. Ich hoffe, er wird in der nächsten Zeit unterzeichnet“, sagte Naumez. „Gemäß dem Dokument planen wir bis Ende des Jahres Rückstände im Ausmaß von 354 Mio. Rubel auszuzahlen“.

Naumez fügte hinzu, dass derzeit in dem Unternehmen etwa 6000 Personen arbeiten. Es handelt sich um den größten Lieferanten von Trinkwasser in der Region, der 300 Städte und Orte der Region auf beiden Seiten der Kontaktlinie versorgt.

„Die Regierung der DVR hat mitgeteilt, dass die Anhebung der Tarife für Mieten, Müllabfuhr, Wasserversorgung und Abwasser das Ziel verfolgen, die Situation in den entsprechenden Bereichen der Kommunalwirtschaft zu verbessern. Der Hauptteil der Zahlungen wird auf die

Erhöhung des Niveaus der Löhne der Arbeiter dieser Unternehmen verwendet werden“, teilte der Pressedienst des Ministeriums mit.

Ein entsprechender Erlass ist bereits ausgearbeitet. Er betrifft Arbeiter der Unternehmen, die Dienstleistungen zum Erhalt von Häusern und umliegenden Territorien, bei der Müllabfuhr, der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung ausführen. Ab 1. Oktober ist eine Lohnerhöhung von 30% vorgesehen. Die Erhöhung betrifft ausschließlich die Arbeiter dieser Bereiche.

„Leider gehören die Löhne der Facharbeiter der genannten kommunalen Unternehmen zur Zeit zu den niedrigsten in der Republik im Vergleich mit anderen Branchen. Deshalb ist deren Erhöhung eine lebensnotwendige Maßnahme. Wir wissen, dass dies kein Allheilmittel für die aufgelaufenen Probleme ist, aber erste Schritte zur Stabilisierung der Situation. Informationen über die Ergebnisse der getanen Arbeit werden Anfang November dieses Jahres vorgestellt“, unterstrich Naumez.

Auch dem nicht in der Republik als Resident angesiedeltem kommunalen Unternehmen „Woda Donbassa“ (im Unterschied zum staatlichen Unternehmen Woda Donbassa der DVR; Anm. d. Übers.) wird der Erlass zur Anwendung empfohlen.

de.sputniknews.com: **Moskau dementiert NYT-Bericht über Russlands Luftangriffe auf Krankenhäuser in Syrien**

Der amtliche Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, hat die Berichte der Zeitung „The New York Times“ dementiert, wonach die russischen Weltraumstreitkräfte die Krankenhäuser in Syrien angegriffen haben sollen. Das Blatt wurde zum Opfer von Manipulationen seitens der Terroristen und Geheimdienste.

„Im russischen Verteidigungsministerium hat man sich mit der Publikation der amerikanischen Zeitung The New York Times über angebliche Angriffe gegen syrische ‚Hospitale‘ durch russische Kampffjets vertraut gemacht“, so Konaschenkow.

„Vor allem möchten wir unser Bedauern darüber ausdrücken, dass das seriöse Blatt Opfer von Manipulationen seitens der Terroristen und Geheimdienste geworden ist“, sagte er.

Die Zeitung NYT ist ihm zufolge „nicht die erste, die zum Opfer von Fehlinformationen vonseiten britischer Geheimdienste, getarnt als ‚Aktivisten‘“ geworden ist. In diesem Zusammenhang erinnerte er an das Projekt Bellingcat.

Beim angeblich bombardierten Hospital, über das die Zeitung schrieb, handelt es sich Konaschenkow zufolge in Wahrheit um einen gut geschützten Bunker von Terroristen in einer Höhle, die vor einer Woche im Rahmen einer Pressereise mehr als 80 Journalisten von russischen und ausländischen Medien besucht haben.

„Sie haben mit eigenen Augen gesehen, was sich in solchen Höhlen befindet, und zwar in den geschützten Bunkern der Terroristen: enorme Waffen- und Munitionsvorräte, darunter auch aus westlicher Produktion, Gefängnisse, Nischen für die Deckung von Panzern, Atemschutzgeräte, Lebensmittel und sanitäre Materialien.“

„Durch einen seltsamen Zufall erschien das Material in der NYT unmittelbar nach dem Erscheinen des Enthüllungsmaterials in den globalen westlichen Medien über den wahren Zweck der terroristischen Höhlen in Idlib“, fügte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums hinzu.

Konaschenkow betonte dabei, dass trotz der Darlegungen von Journalisten das reale Lebensniveau von Syrern in der Deeskalationszone Idlib, die sich unter Kontrolle der Terroristen „Dschebhat an-Nusra“ befindet, ein ganz anderes sei.

„Beweise“ von „The New York Times“

Darüber hinaus kommentierte Konaschenkow die „Beweise“ der Zeitung für die Angriffe durch die russischen Maschinen:

„Die Übergabe von Zielkoordinaten an Piloten erfolgt nicht via Stimme in offener Radioübertragung. Darum sind es die von NYT vorgestellten ‚Beweise‘ sogar des Papiers

nicht wert, auf dem sie gedruckt wurden“, sagte er.

Somit reagierte Russlands Verteidigungsministerium auf den jüngsten Artikel der NYT-Zeitung, wonach russische Militärs im Mai 2019 vier Krankenhäuser im Nordwesten Syriens angegriffen haben sollen. Im Beitrag wurde auf angebliche Verhandlungen von russischen Militärs sowie Aussagen von Augenzeugen verwiesen.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Deutscher Tornado-Einsatz über Syrien geht unverändert weiter – Verteidigungsministerium**

Der Einsatz deutscher Tornado-Aufklärer über Syrien geht nach dem Beginn der türkischen Militärintervention weiter. Die deutschen Jets seien auch vorher schon deutlich von den nun umkämpften Gebieten in Nordsyrien entfernt geflogen, hieß es am Montag aus dem Verteidigungsministerium.

Die Luftwaffe liefert aus Syrien Aufklärungsergebnisse für den Kampf gegen die Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS).

Deutschland ist Teil der internationalen Anti-IS-Koalition. Ein sogenannter Red-Card-Holder soll nach früheren Angaben sicherstellen, dass Aufträge das deutsche Mandat nicht überschreiten ("rote Karte"). So soll auch verhindert werden, dass das türkische Militär beispielsweise Aufnahmen und Information über kurdischen Stellungen bekommt.

Die deutschen Tornados starten von Jordanien aus. Ein "Luftraummanagement" soll verhindern, dass sich die über Syrien eingesetzten Maschinen verschiedener Staaten in die Quere kommen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32362/65/323626542.jpg>

de.sputniknews.com: **Ausbrüche wegen Türkei-Offensive? Moskau zeigt Karte von Gefängnissen mit IS-Kämpfern**

Russlands Verteidigungsministerium hat auf seiner Homepage eine Karte öffentlich gemacht, die die Lage von Gefängnissen in der syrischen Provinz al-Hasaka zeigt. Dort befinden sich mehr als 14.600 Kämpfer der Terrormiliz IS („Islamischer Staat“; auch Daesh).

Zuvor war berichtet worden, dass nach Luftanschlägen türkischer Kampffjets mehrere IS-Kämpfer aus Gefängnissen in den umkämpften Gebieten im Norden Syriens ausgebrochen seien. Ankara dementierte jedoch diese Berichte.

Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums befinden sich die meisten IS-Kämpfer derzeit im Gefängnis asch-Schaddadi (auch Al Shaddadah). Deren Zahl beläuft sich auf etwa 9000. Etwa 1600 Terroristen sind beispielweise im Gefängnis in al-Hol (auch al-Haul).

Laut dem russischen Verteidigungsministerium gibt es in Nordostsyrien insgesamt sieben

zur Überprüfung von Treibstoff und Fahrzeugen, gegen Funktionsträger, die an den Vorfällen beteiligt waren, laufen Ermittlungen.

Die Lage im Gebiet des Trennungsabschnitts Nr. 2 verschärft sich weiter. Bei den Rechtsordnungsorganen und der Stadtverwaltung von Solotoje gehen zahlreiche Beschwerden örtlicher Einwohner über Ausschreitungen der Kämpfer des nationalistischen Bataillons „Asow“ ein, die Trunkenheit, Diebstahl und Mord fortsetzen. Die Menschen sind durch die Handlungen der Kämpfer eingeschüchtert. Der Präsident der Ukraine, der oberste Kommandeur, ist nicht in der Lage die Nationalisten zu bändigen, in der Folge ist zu beobachten, dass die Befehle des Kommandos vom Personal der 72. Brigade, das in Solotoje stationiert ist, nicht befolgt werden. Die Soldaten weigern sich neue Positionen auszurüsten, auf die sie nach der Trennung von Kräften und Mitteln abziehen sollen. Im Zusammenhang damit ist in der 72. Brigade einer Kommission des Generalstabs eingetroffen, die Ermittlungen zum Fall von Verweigerung von Befehlen des Kommandos der OOS anstellt sowie eine dienstliche Ermittlung gegen den Kommandeur der 72. Brigade Bogomolow.

de.sputniknews.com: **Spanien veranlasst erneut internationalen Haftbefehl gegen Puigdemont**

Ein spanischer Richter hat einen neuen internationalen Haftbefehl gegen den ehemaligen katalanischen Regionalpräsidenten Carles Puigdemont erlassen.

Puigdemont wurde der Veruntreuung öffentlicher Gelder und der Anstiftung eines Aufruhrs schuldig gesprochen.

Er war nach dem von Madrid verbotenen Unabhängigkeitsreferendum vom 1. Oktober 2017 aus Spanien nach Belgien geflohen.

Madrid hatte 2018 bereits einen europäischen Haftbefehl gegen Puigdemont veranlasst.

Der Politiker wurde damals in Deutschland festgenommen. Spanien forderte seine Auslieferung unter anderem wegen Anstiftung einer Rebellion. Doch Berlin erklärte eine Auslieferung nur wegen des Verdachts der Veruntreuung für zulässig. Demnach verzichtete Madrid damals auf eine Auslieferung, denn so hätte Puigdemont in Spanien auch nur wegen Veruntreuung verurteilt werden können.

de.sputniknews.com: **Kein EU-Land liefert mehr Waffen in die Türkei – Luxemburgs Außenminister**

Die EU hat sich darauf geeinigt, dass kein Mitgliedsstaat mehr Waffen an Ankara liefert. Dies teilt die ARD unter Verweis auf Luxemburgs Außenminister Asselborn mit.

Asselborn hatte sich zuvor in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk am Montag über den Militäreinsatz in Nordsyrien besorgt gezeigt. Für ihn seien die Ereignisse im Norden Syriens "ziemlich außerirdisch", äußerte Asselborn: Die Türkei, die eigentlich ein Nato-Mitglied sei, trete gegen die syrischen Regierungstruppen, "also gegen den De-facto-Präsidenten Syriens" auf, sagte er.

In Bezug darauf solle die EU ein gemeinsames Verbot der Rüstungsexporte an die Türkei verabschieden, sagte Asselborn vor dem EU-Außenminister-Treffen in Luxemburg.

Zuvor war berichtet worden, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ein sofortiges Ende der türkischen Militäroffensive in Syrien gefordert haben. "Wir haben den gemeinsamen Wunsch, dass die Offensive beendet wird", sagte der französische Präsident. Als Gründe führte er die Folgen für die Menschen in der Region und ein mögliches Erstarken des IS an.

Am 12. Oktober hatte Außenminister Heiko Maas mitgeteilt, dass die Bundesregierung keine neuen Genehmigungen für Waffenexporte an die Türkei erteilen werde.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 14.10.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **26-mal das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben die Strafruppen Poljakows aus der 53. Brigade die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Antipanzergrenatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer Kokorjews aus der 92., Iwanows aus der 56. und Martschenkos aus der 28. Brigade **Jasinowataja, Spartak, Alexandrowka** sowie das **Gelände des Flughafens und des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen, Antipanzergrenatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Strafsoldaten der 35. Brigade des Verbrechers Palas **Dokutschajewsk** mit automatischen Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Die Kämpfer Gnatows aus der 36. Brigade haben das Feuer mit 120mm-Mörsern, Antipanzergrenatwerfern, Abwehrgeschützen, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf **Leninskoje, Kominternowo** und **Sachanka** eröffnet.

Insgesamt hat der Gegner auf das Territorium der Republik 204 verschiedene Geschosse abgefeuert. **Seit Beginn des heutigen Tages** haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Golmowskij** mit 82mm-Mörsern Schusswaffen beschossen.

Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Es gibt weiter nicht kampfbedingte Verluste in den Reihen der BFU.

So ereignete sich am 13. Oktober bei Arbeiten zur technischen Ausstattung der Positionen der Kämpfer der 56. Brigade im Gebiet von Peski eine Detonation infolge der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen beim Umgang mit explosiven Objekten und dem Versuch diese eigenständig zu entfernen, dabei starb der Soldat Pristajko, geb. 1972.

Im Vorfeld des Treffens der dreiseitigen Kontaktgruppe, das am 15. Oktober in Minsk stattfindet, verletzt der Feind neben der Steigerung der Intensität des Beschusses des Territoriums unserer Republik weiterhin die erreichten Vereinbarungen bezüglich des Einsatzes von Drohnen.

Einheiten der Luftabwehr der Volksmiliz gewährleiten effektiv die Sicherheit der Republik gegen Bedrohungen aus der Luft. Dank der professionellen Handlungen unserer Verteidiger wurde in den letzten 24 Stunden im Gebiet von Sachanka **eine weitere Drohne der bewaffneten Formationen der Ukraine des Typs „Leleka“ vernichtet**, mit deren Hilfe die Kämpfer der 36. Brigade versuchten Luftaufklärung zu betreiben.

Die Partei Poroschenkos unterlässt die Versuche nicht, die Situation sowohl in der OOS-Zone als auch im Inneren des Landes zu destabilisieren. Um Unterstützung von Seiten nationalistische eingestellter Kämpfer für den Fall eines offenen bewaffneten Konflikts im Inneren des Landes zu erhalten und um eine friedliche Regelung des Konflikts im Donbass zu verhindern, hat der ukrainische nationalistische Aktivist D. Jarosch im Zeitraum vom 11. bis 13. Oktober Agitationsarbeit in den Einheiten der BFU betrieben. Während seiner dreitägigen Tour hat Jarosch Einheiten der 36., 28., 56. und 92. Brigade besucht. Grundlage seiner Auftritte war der Aufruf zur Sabotage der Trennung von Kräften und Mitteln und zur Unterstützung des ehemaligen Präsidenten Poroschenko.

de.sputniknews.com: **„Verteufelung der DDR soll ablenken“ – Egon Krenz über 40 Jahre DDR und 30 Jahre Einheit**

Von Tilo Gräser

Mit Nationalhymne, Ehrenfahnen, Rede des früheren Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz und Grußworten – so hat am Samstag in Berlin eine Festveranstaltung an die vor 70 Jahren gegründete DDR erinnert. Die mehr als 300 Gäste haben Krenz ebenso mit Beifall bedacht wie die Sänger und Musiker für Lieder aus den 40 Jahren DDR und aus Russland.

„Je weiter wir uns zeitlich vom Ende der DDR entfernen, umso märchenhafter, wirklichkeitsfremder und boshafter werden die offiziellen Ausfälle gegen sie.“ So schätzt Egon Krenz ein, was gegenwärtig politisch und medial über das untergegangene Land gesagt, gezeigt und geschrieben wird. Er war der letzte Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).

„Geht es nach den Meinungsführern des Politgeschäfts, dann sind die Millionen DDR- Bürger nur noch ein Häuflein gegängelter Kreaturen, eingesperrt hinter einer Mauer, mit einer schrottreifen Wirtschaft, umgeben von Mief und Muff und Spitzeln der Staatssicherheit.“ Gegen dieses Zerrbild der DDR-Wirklichkeit redete Krenz am Samstag in Berlin an. Er tat das auf einer Festveranstaltung zum 70. Jahrestag der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949. Organisiert und eingeladen in das Freizeitforum Berlin-Marzahn hatte dazu das „DDR-Kabinett“ in Bochum. Es gebe keinen besseren Ort als der Ost-Teil Berlins, der DDR-Hauptstadt war, so Kabinett-Gründer Andreas Maluga gegenüber Sputnik. Auf den Eintrittskarten war der „Palast der Republik“ abgebildet, der aber längst dem Schlossnachbau in Berlins Mitte weichen musste.

DDR als Alternative

Zuvor musste die DDR weichen, wie kurze Zeit später die Sowjetunion, ohne die es den zweiten deutschen Staat nicht gegeben hätte. „Die Welt von heute ist ohne Sowjetunion und ohne DDR weder gerechter noch friedlicher geworden“, stellte Krenz fest. In einem politischen und geschichtlichen Rundumschlag ging er auf die DDR ebenso ein wie auf die Folgen ihres Unterganges und der deutschen Einheit seit 1990.

Die mehr als 300 Teilnehmenden an der Veranstaltung hatten den Nachfolger von Erich Honecker und vorletzten DDR-Staatsratsvorsitzenden mit langem Beifall begrüßt. Den bekam er auch nach seiner Rede. Aus seiner Sicht dominiert seit der Einheit 1990 wieder das antikommunistische DDR-Bild, das in der frühen Bundesrepublik Deutschland in den 1950er Jahren geprägt wurde. An die Aussage von Konrad Adenauer, der Osten Deutschlands müsse „befreit“ werden, erinnerte Krenz ebenso wie daran, dass später viele Bundespolitiker Honecker als Staatsmann lobten.

In der DDR sei nicht gegen das eigene Volk regiert worden, so der letzte SED-Generalsekretär. „Beim Werden und Wachsen der DDR gab es Siege und Niederlagen, Freude und Enttäuschungen, leider auch Opfer“, stellte er fest. „So sehr ich diese bedaure, bleibt es doch wahr: Die Geschichte der DDR ist keine Kette von Fehlern oder gar Verbrechen. Sie ist vielmehr die Geschichte eines Ausbruchs aus dem ewigen deutschen Kreislauf von Krieg und Krisen, eines Aufbruchs für eine tatsächliche Alternative zum Kapitalismus, eine Absage an Faschismus und Rassenhass, Antisemitismus und Russophobie!“



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32585/71/325857136.jpg>

Viel Beifall und wenig Protest

Laut Krenz wird mit der These von der DDR als „Unrechtsstaat“ abgelenkt, auch davon, dass die politische Führung der heutigen Bundesrepublik zahlreiche gesellschaftliche Probleme nicht löst. Viele Menschen, die in dem zweiten deutschen Staat lebten, hätten sich eng mit diesem verbunden gefühlt. „Deshalb ist die Degradierung der DDR zu einem ‚Unrechtsstaat‘ in vielerlei Hinsicht auch eine Beleidigung derer, die sich für die DDR engagierten. Die DDR wollte nie sein wie die Bundesrepublik Deutschland. Es ist daher auch dumm, sie nach deren Maßstäben zu bewerten.“

Krenz bekam während seiner fast einstündigen Rede immer wieder Beifall vom Publikum. Das bestand zu großen Teilen aus solchen, die den zweiten deutschen Staat mitaufbauten und in ihm groß wurden. Viele von ihnen hatten einst kleinere und größere Funktionen in der DDR, arbeiteten im SED-Apparat oder bei der Freien Deutschen Jugend (FDJ), bei NVA und Volkspolizei oder auch beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS).

Einige wenige Kritiker des untergegangenen Landes hatten sich vor Beginn vor dem Freizeitforum in Marzahn getroffen. Sie empfingen die Gäste der Festveranstaltung mit Schildern, auf denen Losungen wie „Nie wieder Sozialismus!“ oder „Wahlbetrüger“ zu lesen war. Ein Kind hielt ein Schild hoch: „Mein Papa sollte auf Flüchtlinge schießen.“ Lange hielten es diese DDR-Gegner nicht aus, sie zogen ab und vor dem Forum spielten Kinder Krieg, wie eine Teilnehmende beobachtete.

Erinnerung an Leistungen

Ex-SED-Chef Krenz zitierte den Dramatiker Heiner Müller, beileibe kein unkritischer Geist aus der DDR. Dieser habe ihm gesagt: „Ein Kadaver kann dem Obduktionsbefund nicht widersprechen. Der historische Blick auf die DDR ist von einer moralischen Sichtblende verstellt, die gebraucht wird, um Lücken der eigenen ›moralischen Totalität‹ zu schließen.“ So forderte Krenz die heute politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik auf, die DDR nicht weiter zu verteufeln. Die dafür eingesetzten Mittel und Ressourcen – „eine ganze Aufarbeitungsindustrie ist damit beschäftigt“ – wären „sinnvoller eingesetzt für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass“. Er fügte hinzu: „Nazis und Neonazis und die Brunnenvergifter in der AfD sind eine Gefahr für Deutschland, nicht aber das Erbe der Deutschen Demokratischen Republik.“

Diese sei dagegen „die achtenswerteste Periode in der deutschen Geschichte“, hatte Kabinetts-Gründer Maluga aus Bochum zu Beginn der Festveranstaltung erklärt. Er erinnerte daran, dass das untergegangene Land in seiner knapp über 40-jährigen Existenz seinen Bürgern die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, wie sie die UNO in einer Konvention 1966 festgelegt habe, gewährt habe. Das sei im Grundgesetz der Bundesrepublik nicht zu finden.

Vom realen Sozialismus lernen

Maluga verwies ebenso darauf, dass die DDR im Konsum-Vergleich mit der BRD nicht mithalten konnte, was zur Erzählung von der Mangelwirtschaft im Osten gehöre. „Wer sich jedoch in der Welt umgesehen hat, hat einen anderen Maßstab.“ In der DDR habe es keinen Bildungsnotstand gegeben, seien keine Obdachlosen im Winter erfroren und keine Menschen gestorben, weil sie nicht die notwendige medizinische Versorgung bekommen hätten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32585/71/325857137.jpg>

Auf solche Aspekte machte auch die Portugiesin Elsa Silva, Vertreterin der Kommunistischen Partei Portugals, in ihren Grußworten aufmerksam. In der DDR habe es viele soziale Errungenschaften gegeben, die es in ihrem Heimatland nicht gegeben habe und nicht gebe, so die 44-Jährige. In Portugal habe es bis zur „Nelkenrevolution“ 1974 nur eine vierjährige Schulpflicht gegeben, nannte sie als Beispiel für den Gegensatz. Das habe dazu geführt, dass viele portugiesische Kinder bereits mit zehn Jahren arbeiten gehen gemusst haben. Es gehe darum, aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und des realen Sozialismus zu lernen – „weil der Kapitalismus keine Zukunft bietet“, betonte Silva. Ähnlich klang es zuvor bei Maluga und Krenz. Ersterer sagte, es gehe darum, in der Geschichte der DDR den „Keim für eine menschliche Gesellschaft“ zu erkennen. Dafür seien diese „40 Jahre gelebte Erfahrung“ wichtig.

Niederlage statt Scheitern

Gleichzeitig biete die Erinnerung an die DDR „30 Jahre nach ihrer Zerschlagung für die damaligen Sieger gefährlichen Sprengstoff“. Deshalb werde sie schlecht geredet und werde versucht, ihre positiven Seiten vergessen zu machen. Für Ex-SED-Generalsekretär Krenz ist der Untergang der DDR eine Niederlage, aber kein Scheitern: „Wenn der Sozialismus gescheitert wäre, könnte das bedeuten, dass er auch in Zukunft keine Chance mehr hätte und der Kapitalismus doch das Ende der Geschichte wäre.“

Krenz zeigte sich sicher, dass es einen neuen Anlauf für eine sozialistische Gesellschaftsordnung geben werde – „wann und wie, das weiß heute niemand“. „Die Erfahrungen der DDR, die positiven wie die negativen, werden dabei aber auf jeden Fall von Bedeutung sein.“ Er rief das Publikum auf, sich dagegen zu wehren, „unser sinnvoll gelebtes Leben in den Schmutz ziehen zu lassen. Tun wir weiter das uns Mögliche, damit nie wieder, wie es in der DDR-Nationalhymne heißt, eine Mutter ihren Sohn beweint.“

Bei der Hymne des untergegangenen Landes zu Beginn der Veranstaltung standen alle auf und viele sangen mit. Das taten sie ebenso bei der „Rotfuchs“-Singe Gruppe und den meisten russischen Liedern des „DuO Faller“ und der Sängerin Nadeschda Krimskaja. Sie gestalteten den kulturellen Teil mit, ebenso der Schriftsteller Günter Herlt und der Liedermacher Hartmut König, Mitbegründer des „Oktoberklub“.

„Druschba-Freundschaft“, dieses Lied, das einst beschwor, dass die DDR und die Sowjetunion „immer zusammen“ stehen, erklang unter anderem wieder in Marzahn. Die Sängerin Nadeschda Krimskaja sagte danach: „Auch wenn unsere Länder nicht mehr so heißen, aber wir müssen zusammenhalten für eine gemeinsame friedliche Zukunft.“ Auch dafür gab es langen Beifall.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32585/71/325857138.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Gemeinsam gegen Erdogan: Syrer und Kurden schließen einen Deal**

Die syrische Armee wird entlang der kompletten Grenze zur Türkei stationiert, um den Kurden bei der Abwehr des Angriffs zu helfen. Das gab die autonome Administration der Territorien im Nord-Osten Syriens bekannt.

In einem Dokument, das der Agentur RIA Novosti vorliegt, ist die Rede von einem Abkommen zwischen Kurden und der syrischen Regierung. Es soll die Befreiung auch von „anderen von der Türkei besetzten syrischen Städten“ ermöglichen, darunter auch Afrin.

Treffen zwischen Kurden und Damaskus

Einer der Chefs der Kurdischen demokratischen progressiven Partei, Ahmed Suleiman, teilte gegenüber Sputnik mit, dass seine Partei sich in Damaskus befinde und eine Reihe von Treffen mit der syrischen Führung durchgeführt habe. Es bestehe derzeit „ein vollständiges Verständnis über die Verhinderung des türkischen Vormarsches“.

„Das kurdische Problem mit der türkischen Aggression ist auch ein syrisches Problem. Denn die Türken stellen eine Gefahr für alle syrischen Regionen dar und nicht nur für diejenigen, die sich unter kurdischer Kontrolle befinden“.

Die Lage in anderen syrischen Regionen werde jetzt besprochen.

„Im Abkommen heißt es, dass kurdische Kräfte zu einem Teil der syrischen arabischen Armee werden“.

Russlands Vermittlung

Der Abgeordnete des syrischen Parlaments Muhannas Haj Ali kommentierte gegenüber Sputnik die noch nicht publik gemachte Vereinbarung.

„Es ist klar, dass kurdische Kräfte, die sich früher für die Unabhängigkeit von Damaskus aussprachen, nun begriffen haben, dass nur die syrische Armee und Regierung ihnen Frieden und Sicherheit garantieren können“.

Dank der russischen Vermittlung sei dies möglich gewesen.

„Wir wissen, dass Russlands Vertreter zuerst nach Manbidsch gefahren und dann nach Damaskus zurückgekommen sind. Kurz danach haben syrische Truppen begonnen, Richtung syrisch-türkische Grenze zu marschieren“.

Wird Damaskus kurdische Territorien kontrollieren?

Der Politiker vermutete, dass alle von Kurden kontrollierten Territorien an Damaskus

übergeben würden. Kurdische Einheiten würden möglicherweise der syrischen Armee angehören, um „gegen die türkische Besatzung zu kämpfen“.

Damaskus sei gegen kurdische Unabhängigkeitsforderungen. Gleichzeitig sei Syrien zu einem Dialog über die Aspekte der weiteren Zusammenarbeit und politischen Ordnung bereit.

Politische Widersprüche nur oberflächlich besprochen

Ahmed Suleiman zufolge ist derzeit keine Rede von der Regelung politischer Widersprüche.

Auf der Agenda stehe die Koordinierung der militärischen Bemühungen.

„Russland agiert als Garant des Abkommens. Politische Fragen sind besprochen worden, aber sehr oberflächlich“, so der kurdische Politiker.

Militärkonflikt zwischen Ankara und Damaskus möglich?

Zusammenstöße zwischen den Armeen Syriens und der Türkei sind nach der Einschätzung von Muhannas Haj Ali zwar möglich, aber wenig wahrscheinlich.

„Die syrische Armee ist sehr stark und der türkischen bei vielen Aspekten überlegen. Ankara wird sich nicht aus Dummheit in einen solchen Militärkonflikt involvieren“.

Darüber hinaus werde Moskau alles Mögliche tun und, falls nötig, Druck auf die türkische Seite ausüben, damit einer solchen Konfrontation vorgebeugt werde.

„Alles ist möglich. Die Amerikaner können versuchen, die Umsetzung des vereinbarten Abkommens zu behindern. Ich glaube aber, dass Russen, Amerikaner und Türken die Möglichkeit eines Zusammenstoßes zwischen der syrischen und der türkischen Armeen minimieren werden“.

Türkische Offensive in Nordsyrien

Die Türkei hatte am 9. Oktober ihre Offensive „Friedensquelle“ gegen die Kurden-Miliz YPG und die Terrorvereinigung „Islamischer Staat“ in Nordost-Syrien gestartet. Bisher seien im Laufe des Einsatzes mehr als 340 „Terroristen“ eliminiert worden, meldete am 11. Oktober die Nachrichtenagentur Anadolu unter Verweis auf den türkischen Verteidigungsminister, Hulusi Akar.

Noch am ersten Tag der Operation flog die türkische Luftwaffe Angriffe auf die Stadt Ras al-Ain in der syrischen Provinz al-Hasaka sowie eine Reihe andere syrische Städte.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32583/56/325835631.jpg>

dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin hat Igor Chalepu zum kommissarischen Kommunikationsminister der Republik ernannt. Zuvor leitete Wiktor Jazenko das Ressort, durch einen Erlass des Republikoberhauptes wurde von seinen Aufgaben entbunden.

Chalepa hatte seit 2017 die Funktion des Direktors der Abteilung zur Kontrolle des Fernmeldewesens und der Telekommunikation des Kommunikationsministeriums der DVR inne.

de.sputniknews.com: **Ankara wirft syrischen Kurden Freilassung von IS-Terroristen vor**
Die Volkswehr der syrischen Kurden (YPG) soll gefangengenommene Extremisten der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) aus einem Gefängnis in der nordsyrischen Stadt Tall Abyad noch vor dem Einmarsch der türkischen Truppen befreit haben. Das sagte ein ranghoher türkischer Beamter, der anonym bleiben wollte, am Montag der Agentur Sputnik. Dabei hätten die Kurden das Ziel verfolgt, Chaos in der Region zu säen, hieß es. „Am Montagmorgen hatte die türkische Armee das Gefängnis in Tall Abyad gestürmt, um die Flucht von IS-Terroristen zu verhindern... Aber da gab es bereits niemanden. Es stellte sich heraus, dass die Insassen die Türen nicht eingebrochen hatten. Allem Anschein setzten die Wächter die gefährlichen IS-Terroristen auf freien Fuß“, sagte der Gesprächspartner. Die Türkei hatte am 9. Oktober ihre seit längerem angedrohte Offensive unter dem Namen "Quelle des Friedens" im Nordosten Syriens gestartet. Auf mehrere Städte der Region wurden Raketen- und Bombenangriffe geflogen. Etwas später wurde der Beginn einer Bodenoffensive angekündigt.

30-km-Sicherheitszone auf syrischem Gebiet

Ankara will entlang der Landesgrenze auf syrischem Gebiet eine 30 Kilometer tiefe Sicherheitszone errichten und verlangt den Abzug der Kurden-Miliz aus dem Gebiet. Dort sollen dann bis zu zwei Millionen in die Türkei geflohene meist arabische Syrer angesiedelt werden. Die Türkei befürchtet ein Erstarren der Kurden jenseits ihrer Südgrenze und damit auch der nach Autonomie strebenden türkischen Kurden.

Syrische Armee soll helfen

Am Sonntag hatte die autonome Verwaltung von Territorien im Nordosten Syriens offiziell mitgeteilt, dass mit den zentralen Behörden Syriens eine Vereinbarung getroffen wurde, die syrische Armee entlang der Grenze zur Türkei zu stationieren. Das Ziel bestehe darin, Attacken der türkischen Armee und protürkischer Gruppierungen abzuwehren.

de.sputniknews.com: **Rund 70 Flüge von Flughafen Barcelona wegen Protesten verschoben**

Aus Protest gegen das Urteil für die katalanischen Separatistenführer haben heute Demonstranten die Zugangswege zum Flughafen von Barcelona blockiert. 67 Flüge mussten verschoben werden.

Hunderte Unabhängigkeits-Befürworter haben in Barcelona die Zugangswege zum internationalen Flughafen blockiert. Die Airport-Züge wurden vorübergehend eingestellt, konnten aber bald wieder verkehren.

Nach einem Bericht des Flughafenbetreibers Aena wurden von insgesamt 1066 Flügen 67 verschoben. Flugpersonal und Passagiere hatten es wegen der Proteste nicht rechtzeitig an Bord geschafft.

Das Oberste Gericht in Madrid hatte neun der zwölf angeklagten katalanischen Politiker am Montag wegen Aufruhrs schuldig gesprochen. Sie wurden zu langjährigen Haftstrafen von bis zu 13 Jahren verurteilt. Bei dem Prozess ging es um die Rolle der Angeklagten bei dem umstrittenen Unabhängigkeitsreferendum von 2017.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32585/98/325859813.jpg>